



UNSER DORF

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Am kommenden Sonntag stehen bereits die nächsten Wahlen in Österreich an. Diesmal ist es die EU-Wahl, bei welcher Österreichs Vertretung für das EU-Parlament gewählt wird. Leider glauben viele, dass diese Wahl nicht wichtig ist und wollen daher nicht zur Wahl gehen. Im Vergleich zur Bundespräsidentenwahl ist es aber genau umgekehrt. Während der Bundespräsident im wesentlichen (nur) für die Vertretung Österreichs nach außen hin von Bedeutung ist, werden durch das EU-Parlament in Brüssel mittlerweile bereits etwa 70 % der Beschlüsse im österreichischen Parlament bzw. in den Landtagen beeinflusst. Das EU-Parlament ist deshalb von enormer Bedeutung – auch für Österreich und seine Bevölkerung.

Die ÖVP war seit jeher die Europapartei Österreichs. Persönlichkeiten wie Alois Mock, Erhard Busek und Wolfgang Schüssel haben Österreichs Weg in die EU entscheidend mitbestimmt und mitgestaltet. Auch wenn die EU nicht nur Vorteile gebracht hat, so überwiegen diese doch bei weitem die Nachteile. Nicht umsonst bemühen sich auch äußerst reiche Nicht-EU-Länder wie die Schweiz oder Norwegen um bilaterale Verträge mit der EU.

Es ist nicht in Ordnung, wenn Österreich im Ausland schlecht gemacht wird oder Unwahrheiten und Angstparolen über einen drohenden Wasserverkauf verbreitet werden. Die ÖVP ist die Partei, die Österreichs Interessen in der EU am besten vertritt. Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch und gehen Sie am kommenden Sonntag zur Wahl.

Starke ÖVP-Team für die EU-Wahl



VP-Delegationsleiterin und Spitzenkandidatin Ursula Stenzel mit Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Generalsekretär Reinhold Lopatka und anderen VP-Kandidaten für die EU-Wahl, darunter der Bad Tatzmannsdorfer Erwin Schranz.

Mit einem großteils bereits EU-erfahrenen Team um Spitzenkandidatin Ursula Stenzel tritt die ÖVP zur EU-Wahl an. Neben bekannten Persönlichkeiten wie Mag. Othmar Karas und Univ.Prof. Dr. Reinhard Rack gibt es mit DDr. Erwin Schranz aus Bad Tatzmannsdorf auch einen kompetenten Kandidaten aus dem südlichen Burgenland.

Die ÖVP bietet als einzige Partei Europakompetenz und Heimatbewusstsein und hat schon bewiesen, dass beides möglich ist. Die ÖVP hat im europäischen Parlament immer konstruktiv mitgearbeitet und war dennoch standhaft, wenn es um nationale Belange gegangen ist.

SPÖ und FPÖ hingegen versuchen, die Bevölkerung zu verunsichern und mit Schlagwörtern und Scheinargumenten (wie z. B. dem drohenden Wasserverkauf, obwohl es dafür längst anderslautende Beschlüsse gibt) zu ködern. Ihnen liegt weder Österreich noch Europa am Herzen - man erinnere sich nur an die Sanktionen im Jahr 2000, wo Österreich in der EU „angeschwärzt“ wurde. (Fortsetz. hinten)

Wahllokal: Gemeindeamt Kleinmürbisch

Wahlzeit: 7:30 Uhr - 11:00 Uhr

Österreich stark vertreten.

EUROPAWAHL | 13. JUNI



Fortsetzung von Seite 1

Seit 1. Mai ist Österreich durch die Erweiterung der EU wieder im Zentrum Europas. Österreich hat aufgrund der gemeinsamen Geschichte mit vielen der neuen Mitgliedsstaaten bereits frühzeitig in diesen Ländern investiert. Konkret bedeutet dies, dass dadurch unser Wirtschaftswachstum zusätzlich steigt und somit Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden. Es gibt durch die Erweiterung neue Chancen, die es gilt, zu unserem Vorteil zu ergreifen.

Österreich hat sowohl mit Bundeskanzler Wolfgang Schäussel (er wird sogar als EU-Kommissionspräsident gehandelt) als auch mit EU-Agrarkommissar Franz Fischler und Außenministerin Benita Ferrero-Waldner exzellente Repräsentanten, die sich mit ganzer Kraft für Österreichs Interessen in der EU einsetzen.

Unterstützen Sie das Team um Ursula Stenzel und **geben Sie Erwin Schranz eine Vorzugsstimme** (Name „Schranz“ ins freie Feld rechts neben ÖVP schreiben)!



 Liste 2 | ÖVP | Schranz



VP-Spitzenkandidatin Ursula Stenzel (sie ist übrigens die einzige Dame als Delegationsleiterin) mit dem sehr erfolgreichen EU-Agrarkommissar Franz Fischler.

**Österreich
stark
vertreten.**



ATS 25.000,- für den Gemeindearbeiter

Am 20. Dezember des Vorjahres wurde von SPÖ und FPÖ ein Beschluss über eine 11-monatige Rufbereitschaftszulage für den Gemeindearbeiter gefasst. Unser Vorschlag, die Rufbereitschaft – so wie auch in anderen Gemeinden üblich – für vier Wintermonate zu gewähren – wurde damals abgelehnt. Wir haben zu diesem Beschluss bei der BH Güssing in zwei Punkten angefragt, ob die Sache rechtens sei. Nach mehreren Gesprächen mit der BH Güssing musste der Tagesordnungspunkt in der letzten Sitzung am 4. Juni wieder aufgehoben werden.

Leider erhielten wir aber nur in einem Punkt recht – die BH Güssing sieht durch die „allgemeine Formulierung“ des Beschlusses durch den Bürgermeister keine Befangenheit. Für uns ist diese Rechtslage kaum nachvollziehbar, denn de facto kommt nur der Bruder des Bürgermeisters in den Genuss der Zulage. Diese wurde übrigens in der Sitzung am vergangenen Freitag von SPÖ und FPÖ gegen unsere Stimmen mit €162 für 11 Monate (etwa **ATS 25.000** pro Jahr) nochmals beschlossen.

Ein verbesserter Kompromissvorschlag unsererseits wurde - ohne darüber zu diskutieren - von SPÖ und FPÖ abgelehnt. Wir wollten die Zulage für 4 Monate im Winter gewähren und jede Ausfahrt zu Pumpstationen außerhalb der Dienstzeit in den restlichen 8 Monaten mit €15 abgelten (neben der normalen Arbeitszeit, die ohnehin mit 150 % bzw. 200 % abgegolten wird).

Dass es hier nicht um die Sache und um eine effiziente und sparsame Gemeindeverwaltung ging, sondern anscheinend lediglich darum, dem Bruder des Bürgermeisters ein ordentliches „Körbergeld“ zu verschaffen, beweisen auch folgende Tatsachen: Der Bürgermeister wusste bei der Sitzung nicht, wie oft tatsächlich Ausfahrten außerhalb der Dienstzeiten notwendig waren und erfolgt sind. Zudem haben wir keine Gemeinde gefunden, wo es eine solche immens teure Regelung gibt. Trotzdem hat der Bürgermeister mit seinen Fraktionskollegen und Otto Ecker (der nur aufgrund einer Anfrage unsererseits ein kurzes Statement abgab und sich – wie auch sonst immer – praktisch nicht äußerte) diese Sache „durchgeboxt“.

Für uns ist das schlichtweg „Verschleuderung“ von Steuergeld eines jeden Kleinmürbischers. Es ist nicht einzusehen, dass z. B. ATS 12.000 (gemäß unserem Vorschlag bei 15 Ausfahrten) nicht auch ausgereicht hätten, um den Gemeindearbeiter für diese Arbeiten ordentlich zu entlohnen. Mit dem gefassten Beschluss wurde nunmehr auch ein Rechtsanspruch geschaffen, an dem man zukünftig nicht umhin kommt. Hätte der frühere ÖVP-Bürgermeister Semler einen solchen Beschluss gemacht, nicht auszurechnen, wie SPÖ und FPÖ getobt hätten (früher war ja schon ein Handy für den Gemeindearbeiter zuviel). Aber jetzt, wo es um den Bruder des SPÖ-Bürgermeisters geht, ist das alles für die Allianz aus SPÖ und FPÖ kein Problem.

Gespannt sein darf man, wie die Rufbereitschaft zukünftig tatsächlich gehandhabt werden wird.

Denn Rufbereitschaft bedeutet, dass in der dienstfreien Zeit der Aufenthaltsort so zu wählen ist, dass man jederzeit erreichbar und binnen kürzester Zeit zum Antritt des Dienstes bereit ist.